

# „Bis ins letzte Negerdorf“

Bürgerproteste und Politikersprüche schüren die Stimmung gegen Asylanten

**K**laus Markner sah keinen anderen Ausweg mehr. Um weitere 25 Asylbewerber in seiner 7500-Seelen-Gemeinde Ilmenau bei Lüneburg unterzubringen, werde er, so der oberste Verwaltungsbeamte der Samtgemeinde, „notfalls auch die Feuerwehr-Gerätehäuser beschlagnahmen“.

Die Nachricht verbreitete sich, schnell wie die Feuerwehr, in den umliegenden Dörfern. Wenige Tage später drohten alle 250 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr damit, sie würden den Dienst quittieren.

Nun wird direkt neben dem Rathaus ein Containerlager für 48 Menschen hochgezogen. Doch Markner sieht seine dramatische Beschlagnahmeaktion nur aufgeschoben. „Wann immer ich leerstehende Wohnungen mieten oder Grundstücke für Neubauten kaufen will“, klagt der Gemeindedirektor, „wird sofort boykottiert.“

Die Haltung der Bürger von Ilmenau entspricht der Stimmung im Lande. Quartiere sind kaum noch zu kriegen. Überall regt sich sofort der Bürgerprotest, kommen verdeckte und offene Fremdenfeindlichkeit zum Vorschein. Mal, aus Nachbarsicht, verständlich, mal bizarr: Gegen die Nachbarschaft von bis zu 100 Asylbewerbern wehren sich im Münchner Stadtteil Freimann 200 Landfahrer, die seit 17 Jahren behelfsmäßig in Wohnwagen neben einem Müllberg leben. „Es muß ja nichts passieren“, sagt Peter Ganz, einer der Bewohner. „Aber wenn etwas passiert, wer ersetzt mir dann mein Kind?“

Oft genug erliegen die Politiker der Versuchung und schüren die Stimmung. In Schleswig-Holstein hatten sich Spitzenpolitiker der beiden großen Parteien zu Beginn des Wahlkampfes darauf verständigt, das Thema mit Rücksicht auf rechtsradikale Auswüchse nicht zu mißbrauchen. Selbst bei den wenigen gemeinsamen Diskussionen der Spitzenkandidaten blieb Asyl anfangs ausgeklammert. Zögerlich kamen lange Zeit die Parolen des CDU-Herausforderers Ottfried Hennig rüber: „Asylmißbrauch stoppen“ und „Das Grundgesetz muß ergänzt werden“.

Das änderte sich in der Hitze des Gefechts – und wohl auch, weil die Schlagetot-Parolen aus Baden-Württemberg in den Norden schwappten. Die rechtsradikale DVU setzte sich massiv in Szene mit Sprüchen wie „Asyl-Betrüger machen Kasse“ oder



Anti-Ausländerparolen (in Hamm): „Deutsches Geld für Deutsche“

„Deutsches Geld für Deutsche in Not“.

Da mochten auch manche Christdemokraten nicht zurückhalten. CDU-Kandidat Hennig stellte „einen Zusammenhang“ zwischen Asylpolitik und Drogenkriminalität her. Wenn nicht anerkannte Asylbewerber gar nicht erst ins Land gelassen würden, so Hennigs Logik, dann hätte dies sicherlich Auswirkungen auf die Kriminalität.

Als „besonders infame Vermischung mit Ausländerfeindlichkeit“ und Asylpolitik empfand die Bonner SPD-Sprecherin Cornelia Sonntag eine Zeitungsanzeige der Union zur Bonner Panzer-Affäre: „Sollen die Türken entscheiden oder eine kurdische Terrororganisa-

tion, wer in Kiel regiert?“ Die CDU-Landtagsabgeordnete Irmlind Heiser verließ daraufhin ihre Partei.

Im Süden hatte Ministerpräsident Erwin Teufel schon vor Wochen das Thema in den Mittelpunkt seiner Kampagne gerückt, – wie sein Gegenkandidat Dieter Spöri rügte, in „geradezu manischer Obsession und mit hohem Emotionalisierungsgrad“.

Mit düsteren Szenarien und manipulierten Zahlen heizten Unionspolitiker das Klima an. Mitte Januar ließ der baden-württembergische Law-and-order-Innenminister Dietmar Schlee (CDU) eine neue „Rekordhöhe“ beim Asylbewerberzugang verlautbaren – die Steigerung liege „um rund 54 Prozent“ über dem Vorjahr.

Nachgerechnet, ergaben diese veröffentlichten Schlee-Zuwachszahlen (1990: 27 968; 1991: 32 611) jedoch gerade ein Mehr von rund 17 Prozent.

CDU-Fraktionsvorsitzender Günther Oettinger rückte Asylanten in die Nähe internationaler Rauschgiftringe, die „ein gut funktionierendes Kleindealernetz aufbauen“ wollten. Dabei sind die von Asylbewerbern in der Landeshauptstadt Stuttgart begangenen Rauschgiftdelikte von 1988 bis 1991 um fast die Hälfte zurückgegangen, von 151 auf 85.

Der Stuttgarter Polizeipräsident Volker Haas sieht keinen Grund, mit der Kriminalstatistik Vorurteile zu füttern: „Die Kriminalitätszahlen spiegeln die soziale Situation dieser Leute wider. Sie sind arbeitslos, hoffnungslos und bindungslos in einem fremden Umfeld.“



Bürgermeister Markner  
„Notfalls die Feuerwehr“

Ähnliches gilt für Sozialhilfe-Mißbrauch. Schlagzeilenträchtige Einzelfälle wie der jenes 19jährigen Rumänen, der unter fünf verschiedenen Namen in mehreren Orten Asyl beantragt, Sozialhilfe bezogen und diverse Diebstähle begangen hatte, verschwinden in der Statistik zu einer winzigen Minderheit.

Im Kreis Karlsruhe jedenfalls, wo der Landrat Bernhard Ditteney Mißbrauchsfälle gezählt hatte, betrug die Quote nur ein Prozent, wie er letzte Woche bekanntgab.

„Bis ins letzte Negerdorf in Afrika“ müsse das Signal einer „ersatzlosen Streichung des Asylgrundrechts“ zu hören sein, rief der baden-württembergische Republikaner-Chef, der Stuttgarter Rechtsanwalt Christian Käs, den johlenden Mengen in seinen Wahlveranstaltungen zu. Im Fernsehen kontrastierte die Schönhuber-Partei Schauerbilder von der drohenden Asylantenflut mit weichgezeichneten Biedermeieridyllen vom Ländle.

Auf die platte Parole „Asylbetrüger RAUS“ brachte es die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, die sich im Oktober in Baden-Württemberg als rechtes Sammelbecken um den früheren Rep-Mann Harald Neubauer und die einstigen NPD-Bosse Martin Mußnug und Jürgen Schützinger gründete.

Gezielt bepflasterte die rechtsradikale Partei – der NPD-Mitbegründer Adolf von Thadden half beim Programm – das Umfeld von Asylbewerberheimen mit ihren roten Provokationsplakaten. Eine Beschwerde wegen Volksverhetzung lehnte die Staatsanwaltschaft Konstanz mit dem Hinweis ab, daß die Rechtspartei mit der „sehr plakativen und verkürzten Formulierung“ („Ausländer raus“) eine politische Forderung aufgestellt habe, die auch sonst in der Diskussion sei.

Es war die Angst vor jenen Rechten, die führende Christdemokraten ohne Sinn in den Asyl-Wahlkampf trieb. Schon Teufels Amtsvorgänger Lothar Späth, daran erinnerte ein Unionssprecher in Stuttgart, habe „ganz bewußt die Ausländerthemen gespielt“, weil die „zum Emotionalisieren der Leute geeignet“ seien.

Teufel in schöner Offenheit: „Niemand soll deshalb die NPD wählen müssen.“

Doch die Geister, die sie rief, neigen nicht der CDU zu. Aber an den Stammischen im Lande kursiert ein Vers:

Draußen vom Aldi komm' ich her,  
ich muß euch sagen, die Regale sind leer.  
Überall auf den Stufen und Kanten  
sitzen Polen und Asylanten.  
Und draußen vor dem Eingangstor  
schaut verschüchtert ein Deutscher hervor  
und fragt mit ganz leiser Stimm':  
Ist für mich auch noch was drin?

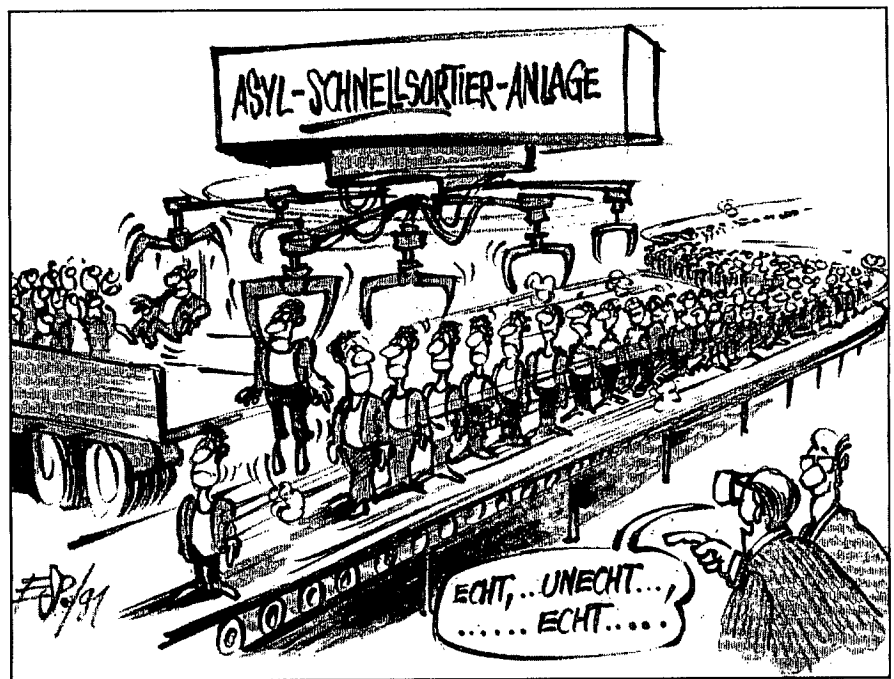
aus Hunger, noch aus politischen, wirtschaftlichen, ethnischen oder religiösen Gründen ihre Heimat verlassen“ – ein Beispiel für die Doppelmoral von Politikern.

Bonn investiert als Entwicklungshilfe 0,42 Prozent des Sozialprodukts und achtet peinlich darauf, daß diese Investitionen in Form von Aufträgen an die deutsche Wirtschaft zurückfließen.

An Ideen für eine pragmatische Lösung des leidigen Problems mangelt es keineswegs. Sie werden nicht nur von Einzelgängern vorgetragen und sind auch nicht das Monopol von linken Querdenkern. Zu den Protagonisten gehören der grüne Frankfurter Dezernent für Multikulturelles, Daniel Cohn-Bendit, ebenso wie Präsident Richard von

mung mit den übrigen Ländern sollen jährlich Quoten festgelegt werden. „Diese Quoten“, so heißt es in dem Papier, „werden nach der jeweiligen Aufnahmefähigkeit vor allem des Arbeitsmarktes, des Wohnungsmarktes und der Ausbildungskapazität bemessen.“

„Wenn es echte Einwanderer gibt“, so Cohn-Bendits Hoffnung, „dann gibt es weniger falsche Asylbewerber.“ Zumindest müßten Wirtschaftsflüchtlinge nicht länger behaupten, sie würden in ihrem Heimatland politisch verfolgt – und die Asyldebatte in Deutschland fiele weniger demagogisch und verlogen aus, wäre nicht länger eine Beute der Parteistrategen und Wahlkampfideologen. Die Anerkennung der



Abendzeitung

Weizsäcker, der eigensinnige Heiner Geißler, der ostdeutsche Bürgerrechtler Konrad Weiß und SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder.

Ihre gemeinsame Forderung: eine neue Einwanderungspolitik. Als Vorbild dienen die klassischen Einwanderungsländer Kanada und Amerika.

Während Helmut Kohl an der praktisch widerlegten Maxime „die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“ eisern festhält, wollen die Verfechter eines neuen Denkens eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen offiziell aufnehmen. Das Asylverfahren würde daneben unangetastet bleiben. Jeder muß sich allerdings vorher entscheiden: Wer als Asylant abgelehnt wurde, kann es als Einwanderer nicht noch einmal probieren.

Die Sozialdemokraten haben eine Punktation für eine europäische Wanderungskonvention vorgelegt. In Abstim-

Wirklichkeit ist längst überfällig, nur die Politiker wollen sie nicht sehen.

Dazu gehört auch die bittere Erkenntnis, daß selbst ein geordnetes Einwanderungssystem den Flüchtlingsdruck kaum mindern wird. Im Gegenteil: Die Berichte von einem, der den Weg ins gelobte Land legal geschafft hat, können für viele Anreiz sein, ihr Glück illegal zu versuchen.

Und da helfen auch keine Mauern, wie das Beispiel USA lehrt. Mit Patrouillen, Metallzaun und raffiniertem elektronischem Gerät wollen die Nordamerikaner ihre Grenze zu Mexiko entlang dem Rio Grande dicht halten. Vergeblich, Abertausende der Armen schlüpfen durch – und sind der kalifornischen Agrarindustrie als Billigsttagelöhner hoch willkommen.

In Europa wird es nicht anders sein. Migrationsforscher Hoffmann-Nowotny: „Der Rio Grande ist heute überall.“